

„DIGITALES LERNEN IST EHER ZUFALL“

*Dieses Interview ist erschienen in: Westfälische Nachrichten, 28. Mai 2020.
Das Gespräch führte Hilmar Riemenschneider.*

Herr Kutschaty, die Landesregierung setzt neben den Lockerungen nun auf konkrete Schritte mit einem Zehn-Punkte-Plan, um die Wirtschaft aus der Corona-Krise zu holen. Zugleich werden mahnende Stimmen laut, die finanziellen Möglichkeiten des Staates nicht zu überreizen. Wie bewerten Sie die Lage?

KUTSCHATY: Was an dem Zehn-Punkte-Plan ist denn konkret? Das einzige war die Forderung nach einem einmaligen Kindergeldzuschlag von 600 Euro. Und den soll auch noch der Bund bezahlen. Dann bleibe ich doch besser direkt bei dem Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, 300 Euro zu geben. Alles andere ist nur Überbietungswettbewerb. Wichtig ist, dass wir die Binnenkonjunktur wieder stärken. Dazu bedarf es natürlich einer starken Kaufkraft der Bevölkerung. Richtige und konkrete Maßnahmen sind, das Kurzarbeitergeld zu erhöhen, wie es die SPD in Berlin durchgesetzt hat, oder den Mindestlohn anzuheben.

Kaufkraftstärkung oder Autoprämie: Wo sehen Sie den passenden Ansatz?

KUTSCHATY: Schwerpunktmäßig müssen wir den Privatkonsum wieder ankurbeln. Ich halte nichts davon, nur an die Unternehmen zu denken. Natürlich brauchen gewisse Branchen eine starke Unterstützung, wenn ich an die Schausteller oder die Reisebranche denke. Eine allgemeine Kaufprämie für Autos lehne ich ab. Die Automobilindustrie hatte trotz des Dieselskandals über Jahre hervorragende Bilanzen.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Jetzt den Kauf von Autos mit Verbrennungsmotor zu subventionieren, ist ein Weiterso. Was man jetzt neu investiert und an neuen Anreizen setzt, sollte nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften und mehr soziale Gerechtigkeit unterstützen.

Wo sehen Sie die finanziellen Grenzen für den helfenden Staat?

KUTSCHATY: Natürlich muss man immer abwägen, was kann ein Staat leisten. Aber das bezieht immer ein, was kostet es den Staat, wenn er nicht handelt. Wenn wir in Deutschland in massenhafte Arbeitslosigkeit rutschen, wird es doppelt teuer, weil die Arbeitslosenversicherung das nicht aushält und wir auch hohe Folgekosten auch im Sozialen bewältigen müssen. Solche Kosten können deutlich höher sein als geschickte Konjunkturlösungen.

Sie sagen, die Landesregierung bleibt dabei zu unklar. Was erwarten Sie konkret?

KUTSCHATY: Dass der Ministerpräsident definiert, was die wichtigen Branchen sind, wo und womit genau er die Wirtschaft wieder ankurbeln will. Insbesondere muss man aber die Menschen, die Beschäftigten und Konsumenten, in den Blick nehmen, nicht nur die Unternehmen. Die Grundorientierung der Landesregierung in diesem Bereich ist schon falsch.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage des Tempos bei den Lockerungen. Ihr Parteifreund Karl Lauterbach bremst, so viel er kann. Wo stehen Sie?

KUTSCHATY: Ich bin kein Freund übereilter Lockerungen. Zumindest können wir es nicht so machen, wie es der Ministerpräsident es tut – nach dem Motto: erst der Termin, dann die Strategie. Beispiel Schulöffnung: Den Kommunen nur drei Tage Zeit zu geben, die Öffnung vorzubereiten und Hygienestandards sicherzustellen, ist eine ziemliche Frechheit.

#FairGehtMehr

#DuBistEsWert

#ZusammenWachsen



Wenn jetzt Kitas und Schulen weiter öffnen, muss das mit weiteren Maßnahmen flankiert werden: Wir lassen in Nordrhein-Westfalen jeden Monat Hunderttausende Testkapazitäten ungenutzt. Es wäre möglich, beispielsweise Lehrkräfte oder Erzieherinnen regelmäßig zu testen. Warum werden die Kapazitäten nicht für Pflegepersonal in den Senioreneinrichtungen genutzt, um Besuche zu erleichtern? Da zeigt sich die fehlende Konzeption.

Der Neustart der Schulen in NRW verläuft sehr zäh, das scheint aber in fast allen Bundesländern ein Problem zu sein. Wie würden Sie es lösen?

KUTSCHATY: Wir müssen kreativer sein, was den Unterricht angeht. Natürlich müssen wir Klassen aufteilen. Wenn die Raumkapazitäten nicht ausreichen, sollten Pfarsäle nebenan, Unterricht im Freien oder in Museen und Zoos hinzugezogen werden. Und wir müssen zusätzliches Personal hinzuziehen, Referendare oder Museumspädagogen. Auch damit die sozialen Kontakte der Kinder nicht verloren gehen und sie weiter im Blick der Schule bleiben. Dazu kommt in einer zweiten Phase über die Sommerferien, dass es Betreuungs- und Lernangebote gibt. Viele Eltern haben ihren Urlaub jetzt schon für Betreuung aufgebraucht. Und in der dritten Stufe müssen wir einen vernünftigen Neustart nach den Ferien schaffen. Es braucht veränderte Lehrpläne, weil viele Inhalte auf der Strecke geblieben sind. Die für den Neustart notwendige Digitalisierung und die Möglichkeit, alternativen Unterricht zu machen, stecken noch sehr in den Anfängerschuhen. Es ist mehr dem Zufall überlassen als der Strategie der Landesregierung, ob ein Kind jetzt digitalen Unterricht hat oder nicht. Das hängt vom Engagement einzelner Lehrer ab, teils von den finanziellen Möglichkeiten der Schulen und der Fördervereine.

Wie viel Digitalisierung halten Sie für realistisch?

KUTSCHATY: Unsere Forderung ist: zur Lernmittelfreiheit gehört nicht nur ein Mathe- oder Englischbuch, sondern auch ein digitales Endgerät.

#FairGehtMehr

#DuBistEsWert

#ZusammenWachsen



Darum müssen wir die Zeit jetzt nutzen, damit wir nach den Sommerferien mit dann qualifiziertem Lehrpersonal einsteigen können in den Unterricht. Denn wir müssen – auch mit Blick auf eine zweite Welle – auch mit einkalkulieren, dass der Schulbetrieb ab Mitte August weiterhin nicht wie gewohnt funktionieren kann.

Was muss in den Schulen passieren?

KUTSCHATY: Wir brauchen Leihgeräte. Schulen müssen den Kindern, die sich das nicht leisten können, digitale Endgeräte zur Verfügung stellen. Das kostet etwa 150 Millionen Euro, davon gibt der Bund 105 Millionen. Damit könnte man flächendeckend eine solche Ausstattung zur Verfügung stellen. Dazu müssen die Lehrkräfte schnellstens qualifiziert werden, damit müssen wir jetzt anfangen. Und es braucht endlich verlässliche Regeln für den Einsatz von Videoplattformen, Software und Hardware.

Überall gibt es jetzt Demonstrationen gegen Corona-Beschränkungen. Der Landtag hat darüber und besonders über das Pandemiegesetz viel debattiert. Wie nehmen Sie die Proteste wahr?

KUTSCHATY: Ich nehme solche Proteste ernst. Die SPD ist die Partei der Freiheitsrechte. Deshalb machen wir uns Gedanken darüber, inwieweit es verantwortbar ist, diese Freiheitsrechte einzuschränken. Und deshalb darf man seine Meinung auch auf der Straße vertreten. Es geht aber überhaupt nicht, dass jetzt Rechtspopulisten versuchen, das zu instrumentalisieren und Verschwörungstheorien schüren. Davon muss man sich distanzieren, das ist auch nicht im Interesse derjenigen, die sich für Freiheitsrechte engagieren. Ich persönlich halte die getroffenen Maßnahmen für vertretbar und verhältnismäßig, weil wir das hohe Rechtsgut des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit für alle Menschen schützen müssen. Aber wir müssen sehen, wie finden wir den Weg zurück.

#FairGehtMehr

#DuBistEsWert

#ZusammenWachsen



Oft geht es um die Sehnsucht nach den alten Lebensbedingungen. Wie wird nach Ihrer Ansicht die neue Normalität aussehen?

KUTSCHATY: Ich hoffe, dass wir aus dieser Krise lernen, wie wertvoll unsere freiheitliche Grundordnung und die alltäglichen Dinge des Lebens sind. Der regelmäßige Besuch bei Freunden, das Konzert oder am Wochenende einfach auszugehen. Und ich hoffe, dass die Wertschätzung für die stillen Heldinnen und Helden in unserem Umfeld, beispielsweise in der Pflege oder an der Supermarktkasse, erhalten bleibt. Denn wir sollten auch begreifen, dass vieles, was wir für normal gehalten haben, es eigentlich nie gewesen ist.

Was gehört jetzt in Frage gestellt?

KUTSCHATY: Durch die Corona-Krise sind zum Beispiel die Zustände an den Schlachthöfen noch deutlicher sichtbar geworden, unter welchen Umständen Menschen dort beschäftigt sind. Wir müssen wertschätzender mit Arbeitskräften und Tieren umgehen. Werkvertragsarbeitnehmer, die am Fließband stehen, dürfen wir nicht tolerieren. Das hat Hubertus Heil für die Fleischindustrie gut geregelt. Ich gehe noch weiter: Alles was zum Kerngeschäft eines Unternehmens gehört, muss zukünftig durch eigene Arbeitskräfte erledigt werden. Es darf nicht an Subunternehmer oder Soloselbstständige ausgegliedert werden.

Auch in der Baubranche?

KUTSCHATY: Ja, auch da halte ich es für falsch, dass wir mit Soloselbstständigen im Kernbereich arbeiten. Gleiches gilt für Paketboten und Lieferdienste, Tiefkühlfahrer, Fahrradkurier: Das sind Soloselbstständige. Wenn der Lieferdienst zum Kerngeschäft gehört, muss ein Unternehmen eigene Beschäftigte dafür einstellen. Am Ende geht es vor allem um Wertschätzung. Dafür setzen wir uns ein.

#FairGehtMehr

#DuBistEsWert

#ZusammenWachsen



Was würden Sie ändern?

KUTSCHATY: Wir müssen endlich Klarheit darüber bekommen, was uns Lebensmittel, was uns eine Dienstleistung, was uns die Sicherheit einer Produktion wert ist. Es ist zu viel auf reine Gewinnmaximierung ausgerichtet. Das hat zum Beispiel dazu geführt, dass Atemschutzmasken fast nur noch in Asien produziert werden, weil sie dort pro Stück ein Cent billiger sind. Auch viele Medikamente stellen wir nicht mehr in Europa her, die kommen aus Indien oder China. In einer Situation wie jetzt spüren wir diese Abhängigkeit. Dieser Frage müssen wir uns jetzt stellen.

Die Corona-Krise hat das Geschäft der Opposition erschwert, weil im Krisenmanagement oft erst der Schulterschluss gefordert ist. Wo bleibt dabei Luft für oppositionelles Profil?

KUTSCHATY: Die Diskussion um das Pandemiegesetz in Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, wie wichtig eine Opposition auch in Krisenzeiten ist. Wären wir da nicht hart gewesen, hätten wir jetzt ein völlig überzogenes Gesetz. Dann hätte das Land bei Privatpersonen medizinische Geräte beschlagnahmen oder Angehörige medizinischer Berufe zu Tätigkeiten zwingen können. Das hätte niemandem etwas gebracht. Da war es wichtig und vernünftig, dass wir als Opposition nachgehakt haben.

Denken Sie jetzt anders nach, bevor Sie Position beziehen?

KUTSCHATY: Natürlich fragt man sich in solchen Situationen, wie man sich dazu verhält. Das 25-Milliarden-Rettungspaket zum Beispiel haben wir mitgetragen. Aber beim Pandemiegesetz habe ich sofort gezögert, als ich das an einem Samstagnachmittag überraschend vom Chef der Staatskanzlei geschickt bekam. Da mussten wir einhaken und haben dann ja auch eine Expertenanhörung erzwungen, die unsere Bewertung bestätigt hat. Man muss auch in Krisenzeiten als Opposition Profil zeigen und gleichzeitig verantwortlich handeln.

#FairGehtMehr

#DuBistEsWert

#ZusammenWachsen